Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Verzockt im Energiepoker
2. Die deutschen Grünen: Für das Land, das Klima und den Frieden eine einzige Katastrophe
3. UN-Sonderberichterstatterin verurteilt westliche Sanktionen
4. Schnäppchenkrieg: Kiew bestellt Panzerhaubitzen
5. Lindners Steuerpläne könnten Topverdienern besonders viel einbringen
6. Reich beschenkt durch Schenker: Die Bahn boomt – allerdings auf der Straße
7. Was das Bahnunglück in Burgrain mit dem Systemversagen der Bahn AG zu tun hat
8. Skandal um Warburg-Bank: Teuflischer Plan
9. Haben wir es geschafft? Kein COVID-19 mehr – nur noch „Omikronitis“!
10. «Man sollte die mRNA-Impfstoffe gezielt und sparsam einsetzen»
11. Sars-Coronavirus-2 Spikeprotein giftig für Herzmuskelzellen
12. Kandidaten des neuen britischen Premierministers setzen auf Härte gegenüber China
13. Ukraine setzt Alice Schwarzer auf Schwarze Liste
14. Abwanderung: Griechenlands Bevölkerung nach der Finanzkrise deutlich geschrumpft
15. Gestärkte Autonomie

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Verzockt im Energiepoker**
   Laut einer Umfrage befürchet eine knappe Merhheit der Deutschen, dass die Boykott-Politik eher zulasten Deutschlands als Russlands geht. Sie hat Recht
   Mit etwas Kitsch angereichert (Scholz: „You‘ll never walk alone“) kündigte die Bundesregierung am Freitag an, den größten deutschen Gasimporteur Uniper zu

retten. Der ohnehin schon gewaltige Kreditrahmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Uniper wird auf 9 Milliarden Euro erhöht. Der Bund steigt mit 30 Prozent der Aktien in das Unternehmen ein. Und der deutsche Endverbraucher zahlt in Zukunft die Zeche für die Ersatzbeschaffungskosten, die Uniper infolge der Boykott-Politik aufbringen muss und die dem Unternehmen fast den Garaus gemacht hätten. Diese zusätzlichen Kosten entstehen, weil Uniper die Gasmengen, die es nicht mehr zu günstigen Preisen aus Russland beziehen kann, stattdessen auf dem Weltmarkt einkaufen muss – zu deutlich höheren Preisen. Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, dass spätestens ab dem 1. Oktober die Preise größtenteils durchgereicht werden dürfen. Die Gaskunden – private ebenso wie industrielle Verbraucher – dürfen sich also auf weitere saftige Preiserhöhungen gefasst machen.
Daran ist Putin schuld? Ja, insofern, als sein Angriffskrieg gegen die Ukraine der Auslöser für den Wirtschaftskrieg war, den EU und USA seither gegen Russland führen. Doch einzusehen, dass sich dieser zunehmend zu einem echten Verarmungsprogramm für die Mittelschicht und die ohnehin schon wenig Begüterten in den beteiligten Ländern und zu einer Katastrophe für die Menschen in den (völlig unbeteiligten) Ländern des Südens auswächst, diese Verantwortung liegt bei der Bundesregierung. Der Krieg in der Ukraine wird durch die Sanktionen keinen Tag kürzer. Kein einziges Menschenleben wird dadurch gerettet.
Quelle: der Freitag

dazu auch: **Amerika ist nun der größte Flüssiggas-Exporteur der Welt**
Als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine setzt Europa zunehmend auf Flüssiggas. Der größte Verkäufer sind inzwischen die Vereinigten Staaten.
Quelle: FAZ

und: **Energiepreise: Bei RWE klingelt die Kasse**
Während Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener wegen Inflation und hohen Energiepreisen kaum noch wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, erweisen sich Energiekonzerne als Krisengewinner.
Quelle: Telepolis

2. **Die deutschen Grünen: Für das Land, das Klima und den Frieden eine einzige Katastrophe**
Die deutsche Außenministerin versteht die Welt nicht mehr. Erst lässt sich Erdoğan in Teheran mit Putin ablichten. Dann sagt der russische Außenminister Lawrow, dass sich mit den Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine auch die russischen Kriegsziele ändern werden. Je größer die Reichweite dieser Waffen sei, desto breiter müsse der Sicherheitskorridor sein. Das klingt logisch, Annalena Baerbock findet das

aber blöd und weist darauf hin, dass Lawrow vor einigen Monaten noch etwas anderes gesagt habe. Dass Lawrows Ansage in unmittelbarem Zusammenhang zu dem steht, was Deutschland und der Westen tun, kann oder will der deutschen Chefdiplomatin anscheinend nicht einleuchten. Tja, Fachkräftemangel allüberall.
Und bei seinem Treffen mit Putin in Iran erdreistet sich Erdoğan auch noch, gegen die westlichen Anweisungen zu verstoßen. Er ließ sich mit Putin fotografieren. Annalena Baerbock findet das "mehr als unverständlich". Russland und ihre politischen Vertreter sind nach westlichem Verständnis grundsätzlich nur in der Isolation abzulichten. Eine entsprechende Aufforderung westlicher Diplomaten an ihre arabischen Kollegen flog gerade auf. Aber auch dort will man sich nicht so recht an die westlichen Vorgaben halten.
Dabei ist Erdoğan eigentlich ein Beispiel für kluge und rationale Außenpolitik. Er repräsentiert einen souveränen Staat. Annalena Baerbock tut das nicht, sie will es auch gar nicht.
Quelle: Gert Ewen Ungar in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Herr Ungar hat den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf getroffen. Das ist leider nicht – oder zumindest viel zu selten – in den deutschen "Qualitätsmedien" zu hören/lesen/sehen.*

3. **UN-Sonderberichterstatterin verurteilt westliche Sanktionen**
   Der Westen brüstet sich unter anderem damit, für die Menschenrechte weltweit einzutreten. Dass westliche Sanktionen in Wahrheit immer die Schwächsten in den sanktionierten Ländern treffen und oft sogar zum Tod tausender Menschen führen, wird im Westen hingegen gerne ignoriert. Dabei ist allgemein bekannt, dass die westlichen Sanktionen zum Beispiel gegen den Irak in den 1990er Jahren den Tod von einer halben Million Kinder verursacht haben. Gleiches geschieht heute in Syrien, Venezuela und anderen vom Westen sanktionierten Ländern, denen westliche Sanktionen sogar der Zugang zu Medikamenten erschweren.
   In Peking fand eine Konferenz über die weltweite Lage der Menschenrechte statt, auf der Elena Dovgan, UN-Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf den Schutz der Menschenrechte, erklärt hat, dass einseitige Sanktionen die Lage der Menschenrechte weltweit stark verschlechtern. Als UN-Sonderberichterstatterin hat sie natürlich keine Länder direkt kritisiert, aber da es der Westen ist, der weltweit einseitige Sanktionen gegen alle verhängt, die sich der Linie des Westens nicht unterordnen wollen, ist klar, wen sie gemeint hat.
   Wie passt das zu der These des Westens, er kämpfe für die Menschenrechte, wenn er die Lage der Menschenrechte selbst weltweit verschlechtert? Ich habe die Meldung

der russischen Nachrichtenagentur TASS über die Rede der UN-Sonderberichterstatterin übersetzt.
Quelle: Anti-Spiegel

dazu: **Beijinger Menschenrechtsforum 2022 spricht sich gegen Unilateralismus und Machtpolitik im Menschenrechtswesen aus**
Das am Dienstag eröffnete Beijinger Menschenrechtsforum 2022 befasst sich mit der Entwicklung der Menschenrechte auf faire, gerechte, vernünftige und integrative Weise. Beamte, Experten und Wissenschaftler auf der Konferenz waren sich einig, dass jedes Land seinen eigenen Weg und seine eigenen Prioritäten bei der Entwicklung der Menschenrechte habe und dass Unilateralismus und Machtpolitik, die die Menschenrechte in diesem Bereich beeinträchtigten und untergrüben, abgelehnt werden sollten.
Der ehemalige slowenische Präsident Danilo Türk erklärte in einer Rede, es sei nicht richtig, wenn einige Länder versuchten, anderen ihre Ansichten sowie der gesamten internationalen Gemeinschaft ihr Verständnis von Prioritäten im Bereich der Menschenrechte aufzuzwingen. Besorgniserregend sei auch, dass einige Länder die Menschenrechte als politisches Instrument einsetzten und Doppelmoral verträten.
Die Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrats über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte, Alena Douhan, sagte in ihrer Rede, einseitige Sanktionen beeinträchtigten derzeit ein breites Spektrum von Menschenrechten, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, und behinderten die Verwirklichung vieler nachhaltiger Entwicklungsziele.
Quelle: CRI online

4. **Schnäppchenkrieg: Kiew bestellt Panzerhaubitzen**
Krieg ist teuer. Die Zahl der im globalen »Krieg gegen den Terror« seit 2001 Getöteten schätzten US-Forscher im September 2021 auf mehr als 900.000. Wesentlich mehr Menschen seien an den Kriegsfolgen gestorben. Sie bezifferten die finanziellen Aufwendungen allein der USA für diesen »Erfolg« auf mehr als acht Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Die Wirtschaftsleistung der BRD betrug 2020 rund 3,8 Billionen US-Dollar. Berlin gab aber für seine Mithilfe bei der Verwüstung Afghanistans gerade mal zwölf Milliarden Euro aus.
Die Zahlen deuten an, in welchem Verhältnis die Vormacht des Imperialismus und dessen deutscher Vorposten bisher zueinander stehen. Der Dichter Peter Hacks drückte das vor gut 20 Jahren so aus: »Gäbe es die USA nicht, hätten beide Kriege (gemeint sind die zwei Weltkriege, A. S.) das Ende des Imperialismus bedeuten

können. Dank der USA sind viele Ergebnisse der beiden Weltkriege im Augenblick vielleicht für den Sozialismus verloren. Vielleicht auch nicht.«
Nun schwächeln die USA, und das weckt hierzulande alte Wünsche: Was 1897 »Platz an der Sonne« hieß, ist jetzt die »Zeitenwende«. Gemeint ist, mit oder irgendwann auch ohne USA an der Spitze eines »vereinten Europas« den Krieg gegen Russland zu führen, zwecks dessen Zerlegung und Kolonisierung. Versucht hatte Berlin das schon 1914 und 1918 – u. a. durch Gründung der Ukraine –, machte in den 30er Jahren den Westeuropäern ein neues Angebot und profitierte satt vom Zerfall der Sowjetunion. Osteuropa ist wirtschaftlich ein deutscher Hinterhof. Nun geht es um den »Rest« – es handelt sich ja lediglich um das größte Land der Erde.
Krieg ist billig, jedenfalls der mit Hilfe von Ukrainern gegen Russen. Im Dezember 2013 bezifferte z. B. die US-Staatssekretärin Victoria Nuland die US-»Investitionen« seit 1991 zur Umwandlung des Landes in ein westliches Protektorat auf fünf Milliarden US-Dollar. Die lächerliche Summe trug im Maidan-Putsch vom Februar 2014 Früchte, danach wurde eine NATO-Armee außerhalb der NATO aufgestellt. Seit dem Angriff Russlands am 24. Februar überwies Washington 50 Milliarden US-Dollar nach Kiew – immer noch ein Schnäppchen.
Quelle: junge Welt

5. **Lindners Steuerpläne könnten Topverdienern besonders viel einbringen**
Die Steuersenkungen, die Finanzminister Christian Lindner (FDP) vorgeschlagen hat, könnten vor allem Topverdienern besonders viel bringen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Modellrechnung der Arbeitnehmerkammer Bremen.
Ein Single mit 600.000 Euro Bruttojahreseinkommen etwa würde demnach gut 1100 Euro weniger Steuern zahlen. Dagegen hätte eine vierköpfige Familie mit 40.000 Euro Jahresbrutto nur gut 300 Euro mehr in der Tasche. Damit fiele die Entlastung beim Topverdiener im Verhältnis zu seinem Einkommen zwar geringer aus, er hätte in absoluten Beträgen aber deutlich mehr zusätzliches Geld zur Verfügung.
Lindner hat für 2023 den Abbau der kalten Steuerprogression angekündigt. Der Begriff bezeichnet den Effekt, dass jemand durch eine Lohnerhöhung, die lediglich die Inflation ausgleicht, in einen höheren Steuertarif rutscht und somit letztlich über weniger Kaufkraft verfügt. Das Bundesfinanzministerium verteidigte das Vorhaben.
(…)
Bei der Verschiebung um sechs Prozent würde ein Single mit 100.000 Euro Bruttoeinkommen gut 600 Euro weniger zahlen. Ein kinderloses Ehepaar mit 600.000 Euro brutto dürfte sogar mit gut 1700 Euro Entlastung rechnen. Dagegen würde eine Alleinerziehende mit 20.000 Euro Jahresgehalt lediglich von einer Entlastung von knapp 100 Euro profitieren. Steuererleichterungen entlasteten »vor allem Gutverdienende«, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer, Peer

Rosenthal. (…)
Die meisten Steuererleichterungen entlasten umso stärker, je mehr Steuer zuvor gezahlt wird. Die Arbeitnehmerkammer Bremen hält Direktzahlungen für sinnvoller. So hätten rund zwölf Millionen Steuerpflichtige ein so geringes Einkommen, dass sie von einem Abbau der kalten Progression gar nicht profitieren würden, erklärte die Organisation. Von Direktzahlungen hätte diese Gruppe hingegen durchaus etwas. »Wer über wenig Einkommen verfügt, braucht direkte finanzielle Unterstützung«, erklärte Rosenthal.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Es ist nicht neu, dass Herr Lindner und seine FDP nichts für die "kleinen Leute" übrig hat. Aber z.B. 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr bzw. Rüstungskonzerne in den nächsten Jahren stehen fest.*

6. **Reich beschenkt durch Schenker: Die Bahn boomt – allerdings auf der Straße**
   Der Bahn-Chef jubiliert, denn sein Konzern macht wieder Gewinn. Schaut man allerdings genauer auf die Zahlen, erkennt man schnell, wer dafür eigentlich verantwortlich ist.
   "Wir können alles – außer Schiene" – das wäre sicherlich zu hart geurteilt, denn tatsächlich kehrten auch die Passagiere zur Deutschen Bahn zurück. Allein im Fernverkehr waren es eigenen Angaben zufolge im ersten Halbjahr fast 60 Millionen Reisende.
   Der Regionalverkehr legte – mutmaßlich wegen des 9-Euro-Tickets – sogar noch deutlicher zu. Allerdings: Unterm Strich waren es immer noch weniger Reisende als vor Corona. Auch deshalb wird die Bahn besonders froh sein, dass sie einen solchen Gewinnbringer, wie die Logistik-Tochter Schenker, im Konzern hat.
   Ohne deren Betriebsgewinn von knapp 1,2 Milliarden Euro hätte die Bahn nämlich kaum den Sprung in die Gewinnzone geschafft.
   Schenker ist in einer der aktuell lukrativsten Branchen unterwegs. Die Land-, Luft-, und Seefracht boomt. Container, Schiffe oder Lkw sind knapp. Die Preise steigen enorm. Auch deshalb machte die Bahn-Tochter im ersten Halbjahr 2022 so viel Gewinn wie im gesamten Jahr 2021.
   Quelle: ZDF
7. **Was das Bahnunglück in Burgrain mit dem Systemversagen der Bahn AG zu tun hat**
   Unglück nahe Garmisch-Partenkirchen war kein Einzelfall. Management weiß um schlechten Zustand des Schienennetzes. Ein Plädoyer, nicht erneut Bauernopfer zu suchen.

Am Freitag dieser Woche wird die Deutsche Bahn AG ihre Halbjahresbilanz 2022 vorlegen. Im Mittelpunkt werden dabei Aussagen stehen, wonach man jetzt mit der "Generalsanierung" des Schienennetzes beginnen werde. Wonach man ab sofort die "Baumaßnahmen bündeln" und sich dabei auf "acht wichtigste Bahnkorridore konzentrieren" wolle. Verkehrsminister Volker Wissing ergänzt dies mit der Aussage, "Bahnsanierung ist jetzt Chefsache". Und in fast allen Medien werden diese Aussagen voraussichtlich eins zu eins übernommen.
Quelle: Winfried Wolf auf Telepolis

8. **Skandal um Warburg-Bank: Teuflischer Plan**
   Bei der Aufarbeitung des Cum-Ex-Skandals um die Hamburger Privatbank MM Warburg sind Ermittler nach WDR-Recherchen auf brisante Chats einer Finanzbeamtin gestoßen. Diese werfen Fragen auf – auch an hochrangige SPD-Politiker.
   Es sind wenige Worte, kurze Chat-Nachrichten, die eine Wendung in einem Hamburger Politkrimi bringen könnten. Es geht um die Hamburger Privatbank MM Warburg, ihre illegalen Cum-Ex-Geschäfte und um die Frage, ob sich Hamburger Beamtinnen und Politiker schützend vor die Bank stellten, als das Traditionshaus seine Beute 2016 zurückzahlen sollte. Bislang beteuerten alle Verantwortlichen, eine Einflussnahme auf das Steuerverfahren der MM Warburg habe es nie gegeben.
   Doch nach Recherchen des WDR sind Fahnder aus Nordrhein-Westfalen nun auf belastendes Material gestoßen, das an diesen Aussagen Zweifel aufkommen lässt. Vor allem der WhatsApp-Chatverlauf einer Hamburger Finanzbeamtin wirft Fragen auf in dem Skandal, der in Hamburg derzeit auch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschäftigt.
   Quelle: tagesschau
9. **Haben wir es geschafft? Kein COVID-19 mehr – nur noch „Omikronitis"!**
   Aus epidemiologischer und medizinischer Perspektive ist das Virus nach derzeitigem Sachstand keine Gefahr mehr für das Gesundheitssystem und die Bevölkerung. So ist die in diesen Wochen grassierende Sommergrippe bisweilen ein größeres Problem für die betroffenen Menschen als das in immer neuen Varianten zu findende Omikron-Virus. Damit bestätigt sich eine alte Erfahrung: Am Ende ist ein gut funktionierendes Immunsystem mit multiplen Infektionen die beste Medizin bei der Bekämpfung solcher Viren. Auch von anderen Viren ist bekannt, dass im Laufe der Zeit ein lernendes Immunsystem und ein sich änderndes Virus ein normales Leben mit dem Virus ermöglichen. Mittlerweile sind wir fast alle mit dem mutierten Omikron-Virus schon einmal in Kontakt gekommen: Entweder durch Infektion und/oder durch Impfung. Entsprechend reduziert sich das individuelle gesundheitliche Risiko durch die Stimulation des Immunsystems und die natürliche Veränderung des Virus.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und Erkenntnisse geben wir folgende Empfehlungen für den kommenden Herbst und Winter ab:

- Wir müssen unser System der Kennziffern grundsätzlich neu justieren. Die Anzahl der Menschen mit Omikron-Infektionen in den Kliniken ist z. B. nicht mehr relevant. Nur die Anzahl ausschließlich schwerer Viruserkrankungen (mit Angabe des Virustyps) ist wirklich von Bedeutung.

- Der Staat hat somit keinen Regulierungsbedarf mehr, der über die klassischen Formen der Gesundsheitsvorsorge hinausginge: Er muss die Bürger klar und offen auf Grundlage einer evidenz-basierten Wissenschaft und nicht auf Basis von Hochrechnungen epidemiologischer Beobachtungsstudien informieren. Dabei sind voreilige Schlussfolgerungen zu vermeiden, etwa ohne empirische Grundlage von der „Nebenwirkungslosigkeit“ von Impfstoffen oder einem „katastrophalen Herbst“ zu reden. Kurz: Staatliche Kommunikation sollte frei von Angstmache, faktenbezogen und konsequent an der Wissenschaft orientiert sein.

- Wir benötigen die Rückkehr zu einer verantwortungsvollen Beschaffungspolitik. Konkret: Der Staat muss getestete, wirkungsvolle und nach den bewährten Regeln zugelassene Impfstoffe in ausreichender Menge zur Verfügung stellen und dabei den Impfstoff immer gegen den sich auch künftig ändernden klinischen Verlauf der Coronaviren abgleichen – sofern SARS.CoV-2 eine reale Bedrohung bleibt, was im Moment nicht der Fall zu sein scheint. Der Umgang mit Influenza-Impfstoffen ist dafür das Erfolgsmodell.

- Zu den Pandemieschäden gehören auch Kollateralschäden (verzögerte oder fehlende Krankenhausbehandlung, Verschlimmerung psychiatrischer Vorerkrankungen, Entwicklungsstörungen bei Kindern usw.), deren Bedeutung im Sinne eines Gesamtschadens (Ressourcenallokation) bzw. der Verantwortungsethik viel mehr berücksichtigt werden müssen.

- Im Herbst 2022 werden wir keine Maßnahmen wie Lockdowns, Schulschließungen, ständiges Testen oder Maskenpflichten benötigen. Eine Krankschreibung sollte nur bei den wirklich Erkrankten erfolgen. Eine Quarantäne ist jetzt sinnlos und deswegen nicht mehr erforderlich.

- Wir sollten wieder den Leitgedanken des mündigen Bürgers in den Mittelpunkt stellen. Der Irrweg des ideologischen Glaubenskriegers in Wissenschaft und Medizin funktioniert nicht und schadet deren Ansehen enorm.

- Die wissenschaftliche Aufarbeitung der vergangenen Jahre ist unerlässlich. Der Bericht der Evaluierungskommission liefert dafür lediglich den ersten Schritt. Wir unterstützen deshalb alle Bemühungen, die in diese Richtung gehen. Unser Kernanliegen dabei ist bekannt: Ohne begleitende systematische Kohortenuntersuchungen und Grundlagenforschung bleiben viel politische Vorgaben ohne Grundlage und Überzeugungskraft.

Quelle: Sokrates

10. **«Man sollte die mRNA-Impfstoffe gezielt und sparsam einsetzen»**
Beim Impfen alle über 60-Jährigen über einen Kamm zu scheren, sei «mittelalterlich», sagt der Immunologe Andreas Radbruch. (Teil 1)
Die Impfkommission in der Schweiz empfiehlt allen ab 80-Jährigen sowie Personen mit schwerer Immunschwäche eine zweite Boosterimpfung. In Deutschland rät die Impfkommission (Stiko) allen über 70-Jährigen, Pflegeheimbewohnern, Gesundheitspersonal und jüngeren Menschen mit stark geschwächtem Immunsystem zur vierten Covid-Impfung. Der deutsche Gesundheitsminister findet, auch die unter 60-Jährigen sollten sich jetzt ein viertes Mal impfen lassen.
Was gilt aus immunologischer Sicht, Herr Radbruch?
Manchmal hat man den Eindruck, dass die Erkenntnisse zum immunologischen Gedächtnis noch nicht allgemein bekannt sind. Man muss nicht immer wieder boostern, die Immunität hält. Das Immungedächtnis ist ab einem gewissen Punkt «gesättigt». Die Immunreaktion mit ständigen Auffrischimpfungen dauernd «am Leben zu erhalten» ist ungesund. Und alle über 60-Jährigen über einen Kamm zu scheren, ist mittelalterlich.
Ist das immunologische Gedächtnis tatsächlich so gut?
Zwei mRNA-Impfungen bieten jüngeren Erwachsenen einen Schutz von etwa 90 Prozent vor schwerer Erkrankung. Nach drei Impfungen sind es rund 94 Prozent, auch gegenüber der Omikron-Variante. Das ist extrem gut. Was will man da noch draufsetzen? Die meisten haben nach drei Impfungen schon so hohe Antikörperspiegel, das verbessert sich mit einer vierten Impfung höchstens noch marginal. Eine vierte Impfung holt – vielleicht – noch zusätzliche zwei Prozent heraus – aber die Nebenwirkungen bleiben, und es ist möglich, dass sie sich verstärken.
Quelle: Infosperber
11. **Sars-Coronavirus-2 Spikeprotein giftig für Herzmuskelzellen**
Bei einigen Patienten mit schwerem Coronaverlauf wird das Herzgewebe angegriffen, Werden Herzmuskelzellen geschädigt. Laut US-Forschern könnte der Grund im

Spikeprotein von Sars-2 liegen.
Durch die Autopsie vieler verstorbener Coronapatienten wissen Forschende bereits, dass die Infektion mit den Pandemie-Virus Sars-CoV-2 zahlreiche Organe beschädigen kann, darunter auch das Herz. Zhiqiang Lin, Assistenzprofessor am Masonic Medical Research Institute im Bundesstaat New York und sein Team haben nun bei einer Konferenz neue Details dazu vorgestellt, wie das Virus diese Schäden anrichtet.
Quelle: mdr

12. **Kandidaten des neuen britischen Premierministers setzen auf Härte gegenüber China**
Die beiden verbleibenden Kandidaten für die Führung der Konservativen Partei („Tories“) und für das Amt des neuen Premierministers des Vereinigten Königreichs wetteifern aktuell darum, wer bei der Wahl eine härtere Gangart gegenüber China einlegen kann. Mittlerweile fällt auch Rishi Sunak, der Kandidat, der eigentlich als Verfechter einer ausgewogenen Politik gilt, verstärkt durch scharfe und kritische Kommentare auf.
Im Vorfeld der entscheidenden Fernsehdebatte am Montag würden sich Rishi Sunak und Liz Truss derzeit darüber streiten, wer im Kampf um das Amt des nächsten britischen Premierministers die härteste Haltung gegenüber China einnehmen kann, berichtete die Financial Times am Montag. Sunak, der ehemalige Finanzminister, sagte beispielsweise, China stelle „die größte Bedrohung für die Sicherheit und den Wohlstand Großbritanniens und der Welt in diesem Jahrhundert” dar und schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, um Beijings Einfluss in Großbritannien zu verringern.
Auf Fragen der Medien zu diesen scharfen Äußerungen in Richtung China sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, am Montag auf einer routinemäßigen Pressekonferenz, dass er sich nicht zu den Wahlen zur Führung der Konservativen Partei Großbritanniens äußern werde, da dies eine interne Angelegenheit des Landes darstelle.
„Ich möchte bestimmten britischen Politikern klar machen, dass unverantwortliche Äußerungen über China, einschließlich der Übertreibung der so genannten ‘chinesischen Bedrohung’, die eigenen Probleme nicht lösen können”, betonte der Sprecher.
Quelle: German.China.org.cn

dazu: **„China ist von viel größerer Bedeutung als der Antiterrorkampf“ – Ist der britische Geheimdienstchef verrückt?**
Der Chef des britischen Geheimdiensts MI6, Richard Moore, hat vor kurzem in einem Interview auf dem Aspen-Sicherheitsforum im US-Bundesstaat Colorado erklärt, China sei die Hauptaufgabe von MI6 hinsichtlich der Informationsbeschaffung. Dies sei von

viel größerer Bedeutung als der Antiterrorkampf. Zudem sagte er unter dem Vorwand der Ukraine-Krise, westliche Länder sollten China das Signal senden, dass eine „bewaffnete Vereinigung Taiwans zu furchtbaren Konsequenzen führen“ könne. Solche Äußerungen sind wirklich wahnsinnig!
Moores Propaganda über eine „Bedrohung aus China“ ist eine boshafte Verleumdung und lässt sich mit Tatsachen nicht rechtfertigen. Unter den UN-Vetomächten ist China das Land, das die meisten Friedenserhaltungstruppen entsendet hat. Chinesische Blauhelm-Einheiten sind mehrmals von den Vereinten Nationen mit Medaillen ausgezeichnet worden. Sie werden als „der ausschlaggebende Faktor“ und „die Kernkräfte bei Friedensmissionen“ betrachtet. Ganz im Gegensatz dazu hat Großbritannien in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den USA weltweit Unruhen aufgehetzt und in anderen Ländern willkürlich Infiltrations-, Umsturz- und Invasionsaktivitäten durchgeführt. Es hat Konflikte und Konfrontationen auf der ganzen Welt fabriziert sowie vielen Ländern und Gebieten Chaos und Katastrophen gebracht. In diesem Sinne ist Großbritannien die wahre Bedrohung des Weltfriedens.
Quelle: CRI online

13. **Ukraine setzt Alice Schwarzer auf Schwarze Liste**
Die Ukraine hat prominente westliche Personen wegen der Verbreitung von Russland-Propaganda auf eine Schwarze Liste gesetzt. Welche Folgen das hat, ist unklar.
Das Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation beim Nationalen Sicherheitsrat der Ukraine hat eine Liste mit 75 Personen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Militär veröffentlicht, die nach Ansicht der Regierung in Kiew „Erzählungen fördern, die mit der russischen Propaganda übereinstimmen“. Die ukrainische Botschaft in Berlin bestätigte der Berliner Zeitung die Echtheit der Liste. Eine Sprecherin sagte, das Zentrum prüfe sehr sorgfältig, wer die Kriterien erfülle, um auf diese Liste zu gelangen. Das Zentrum ließ eine Anfrage zu Details zunächst unbeantwortet.
Prominenteste Vertreterin Deutschlands auf der Liste ist Alice Schwarzer. Ihr wird laut dem Zentrum vorgeworfen, die russischen Narrative „Deutschland sollte auf die Waffenlieferung in die Ukraine verzichten“ und „Selenskyj provoziert Putin“ verbreitet zu haben. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, verstärke mit der Forderung „Die Ukraine braucht einen Waffenstillstand“ die russische Propaganda. Auch er steht deshalb auf der Liste. Mützenich wollte sich auf Anfrage der Berliner Zeitung nicht zu der Liste äußern. Alice Schwarzer sagte der Berliner Zeitung: „Kein Kommentar. Der Umgang dieser Leute mit ihren KritikerInnen entlarvt sich selbst.“
Weitere Deutsche auf der Liste sind der ostdeutsche Schriftsteller Wolfang Bittner, der Nato-Kritiker und IT-Gründer Kim Dotcom, der Politikwissenschaftler und ehemalige

Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg Christian Hacke und Johannes Varwick, Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Außerdem steht die Aktivistin Helga Zepp-LeRouche auf der Liste, die Lobbyarbeit für China betreibt und vor einigen Jahren durch antisemitische Aussagen auffällig geworden war.
Auch zahlreiche westliche Politiker und Journalisten sind nach Einstufung des ukrainischen Sicherheitsrats Verbreiter von russischer Propaganda: So finden sich der republikanische US-Senator Rand Paul und die demokratische US-Abgeordnete Tulsi Gabbard aus Hawaii auf der Liste. Ebenfalls auf der Liste ist der Pulitzer-Preisträger Glenn Greenwald, der sich neben den französischen Rechtsextremen Marine Le Pen und Eric Zemmour findet. Aus Osteuropa sind auf der Liste der frühere slowakische Ministerpräsident Robert Fico und der polnische Historiker und Jurist Tomasz Jankowski, der Leiter der Kommission zur Aufklärung und Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk in Danzig ist.
Quelle: Berliner Zeitung

14. **Abwanderung: Griechenlands Bevölkerung nach der Finanzkrise deutlich geschrumpft**
Von 2010 bis 2018 wanderten viele Griechen ab, um den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in ihrem Land zu entgehen. Zusätzlich zur niedrigen Geburtenrate sorgte das für eine spürbare Verringerung der Bevölkerungszahl.
Quelle: Welt Online
15. **Gestärkte Autonomie**
Kubas Parlament empfiehlt neues Familiengesetz zur Abstimmung, Präsident fordert Respekt. Mehr Rechte für Frauen, Schutz vor Diskriminierung
Das kubanische Parlament hat den Weg für ein progressives neues Familiengesetz geebnet. Die Abgeordneten riefen die Bevölkerung vor einer Woche zur Abstimmung über die Novelle auf, die das bisherige Gesetz aus dem Jahr 1975 ablösen soll. Nach monatelangen, teils kontroversen Diskussionen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger am 25. September in einem Referendum über die Annahme des neuen Regelwerks. In dem »Código de las familias« werden verschiedene Lebensentwürfe anerkannt und juristisch gleichgestellt. Das Gesetz soll unter anderem den Schutz vor Diskriminierung und Gewalt stärken sowie die Rechte von Frauen, Minderjährigen, älteren Familienmitgliedern und Menschen mit Behinderung erweitern. Auch Bestimmungen zum Sorgerecht, Unterhalt, zur Adoption und zur künstlichen Befruchtung wurden erstmals aufgenommen oder neu geregelt.
Bis zur Fassung des jetzt vom Parlament gebilligten 25. Entwurfs des neuen Gesetzes war es ein langer Weg. Wie die KP-Zeitung Granma am vergangenen Freitag berichtete, haben Millionen Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Monaten auf

landesweit über 79.000 Versammlungen in Betrieben, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und an Nachbarschaftstreffen über das Gesetzesvorhaben diskutiert. Dabei seien insgesamt 434.860 Änderungsvorschläge gemacht worden, die von einer aus Abgeordneten, Wissenschaftlern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen bestehenden Kommission bearbeitet wurden, erklärte Justizminister Oscar Manuel Silveira Martínez. Von dem im September vergangenen Jahres vorgelegten ersten Entwurf seien insgesamt 49 Prozent der Texte verändert worden, informierte der Minister. Eine der wichtigsten Neuerungen, die Einführung der »Ehe für alle«, ist in der aktuellen Vorlage weiterhin enthalten, trotz Protesten und einer Kampagne evangelikaler Gruppen. (…)
Präsident Miguel Díaz-Canel bezeichnete die Familie in der Parlamentsdebatte als »Zusammenschluss von Menschen, die durch ein affektives, psychologisches und emotionales Band verbunden sind, das sie zu einer Lebensgemeinschaft macht, in der sie sich gegenseitig unterstützen«. Es sei richtig, dass »den Menschen durch das neue Gesetz die Autonomie und die Entscheidungsbefugnis zugestanden wird, zu heiraten oder nicht, ihren gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Partner zu wählen; die wirtschaftliche Regelung der Ehe zu bestimmen; eine faktische Verbindung einzugehen oder nicht, die Ausübung der elterlichen Verantwortung innerhalb der Grenzen des Gesetzes zugunsten Dritter zu delegieren oder nicht; einvernehmlich die Reihenfolge der Nachnamen von Töchtern und Söhnen, deren Anzahl und den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem sie sie bekommen wollen; Instrumente zum Selbstschutz von Menschen in Situationen einer fortschreitenden Behinderung bereitzustellen«, erklärte Díaz-Canel.
Quelle: junge Welt